
„Menschenrechte und Sport“ - 12. Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe am 11. Mai 2022, 14:00 Uhr

Human Rights Watch begrüßt das Engagement des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages, die Menschenrechte im und durch den Sport zu fördern. Wir freuen uns darauf, mit den Mitgliedern des Ausschusses zusammenzuarbeiten, um die nächsten Schritte und Empfehlungen zur Förderung der Menschenrechte und des Sports in Deutschland zu erarbeiten und den mächtigen politischen Hebel und den finanziellen Druck zu nutzen, den die gewählten Vertreter haben, um sicherzustellen, dass die Sportorganisationen ihren Menschenrechtsregeln und ihrer Verantwortung gerecht werden.

Seit 20 Jahren recherchiert Human Rights Watch, deckt auf und setzt sich für die Beendigung der schweren Menschenrechtsverletzungen ein, die mit Mega-Sportveranstaltungen wie den Olympischen Spielen und der Fußballweltmeisterschaft einhergehen. Das Internationale Olympische Komitee ist das mächtige Gremium, das an der Spitze des weltweiten Sports steht. Es beaufsichtigt 206 Nationale Olympische Komitees und Hunderte von Sportverbänden wie den Internationalen Turnerbund und ist eng mit der wie die FIFA verbunden. Das "olympische System" umfasst sowohl Spitzensportler als auch jedes Kind, das als Turner, Schwimmer, Läufer oder Fußballer davon träumt, eine Medaille oder ein Rennen zu gewinnen. Millionen von Jugendlichen sind derzeit ungeschützt in einer Struktur, die das Gewinnen höher bewertet als die Aufdeckung von Verstößen gegen Gerechtigkeit, Gleichheit und Sicherheit.

Angesichts des Versagens und des Widerstands in der Vergangenheit, Menschenrechtsanforderungen in nationalen und internationalen Sportgremien einzuführen und aufrechtzuerhalten, befürwortet Human Rights Watch nachdrücklich die Bindung der deutschen öffentlichen Finanzierung an die Einführung von Menschenrechts-, Nichtdiskriminierungs- und Athletenschutzanforderungen, -richtlinien und -mitarbeitern im gesamten deutschen Sportsystem.

SPD

1. Welche gesetzlichen Rahmenbedingungen für Sportverbände und Organisatoren von Sportgroßveranstaltungen sind nötig, um diese Vorgaben tatsächlich umsetzen zu können?

Die gute Nachricht ist, dass kein neuer rechtlicher Rahmen erforderlich ist. Der Rahmen der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte ist weltweit sehr gut verankert - und er funktioniert. Er gilt de facto für alle Unternehmen, auch für Sportverbände. Allerdings haben die weltweiten Sportverbände, darunter auch das Internationale Olympische Komitee, die Leitprinzipien bewusst nicht angenommen, die Menschenrechte nicht in die Olympische Charta aufgenommen und keine angemessenen Experten und Ressourcen eingestellt, um gegen systemische Menschenrechtsverletzungen im Sport vorzugehen. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass man sich der rechtlichen Verantwortung für endemische Missbräuche wie den sexuellen Missbrauch von Kindern im olympischen Sportsystem entziehen will, an dem Millionen von Kindern beteiligt sind.

Angesichts dieser seit langem bestehenden Lücken in der Sportpolitik ist es dringend erforderlich, dass auch die deutsche Regierung eine spezifische Politik und Strategie für Sport und Menschenrechte entwickelt. Deutschland sollte eine spezifische nationale Politik zu Sport und Menschenrechten entwickeln, die die Verantwortung und die Verpflichtungen Deutschlands im Bereich der Menschenrechte in die nationale Politik überträgt. Dies sollte die Einrichtung spezifischer Prozesse und gut ausgestatteter Kapazitäten innerhalb der nationalen Regierungsstrukturen (z. B. ein deutsches Zentrum für sicheren Sport) beinhalten, um Menschenrechtsverletzungen im Sport zu verhindern, zu überwachen, zu melden und zu beheben.

Globale Sportgremien wie das IOC, die FIFA, die 206 Nationalen Olympischen Komitees und Hunderte von internationalen Verbänden haben eine miserable Führung, eine schlechte Vertretung von Frauen und Männern und umfassen Menschenrechtsverletzer und Handlanger der jeweiligen Regierungen. Nicht mehr als eine Handvoll dieser Tausenden von Sportverbänden hat weibliche Führungskräfte. Mit Ausnahme des DFB und der FIFA hat keiner dieser Verbände eine Menschenrechtspolitik verabschiedet. In diesem Umfeld sind sexueller Missbrauch von Kindern und Sportlern, Korruption, Rassismus, geschlechtsspezifische und LGBT-Diskriminierung sowie Verstöße gegen die Rechte von Wanderarbeitern bei der Vorbereitung großer Sportereignisse an der Tagesordnung. Wie Human Rights Watch beispielsweise in Afghanistan, Japan, Haiti und Mali dokumentiert hat, missbrauchten Verbandspräsidenten und Cheftrainer die Frauennationalmannschaften sexuell und erpressten jugendliche Spielerinnen. Führende Persönlichkeiten im Sport müssen sich derzeit keiner strafrechtlichen oder menschenrechtlichen Überprüfung unterziehen, um ein hohes Amt zu bekleiden. Sie können zutiefst korrupt sein, Bastionen politischer Macht aufbauen, die unmöglich zu stürzen sind, und haben zum Teil Zugang zu Milizen, die damit drohen, Informanten und Überlebende zu töten.

Was wir brauchen, ist ein energisches und engagiertes politisches Vorgehen aller im Bundestag vertretenen Parteien, um zu fordern, dass das IOC endlich den Rahmen der UN-Leitprinzipien übernimmt und dass alle nationalen Sportverbände eine Menschenrechtspolitik für ihre gesamte Tätigkeit annehmen und umsetzen. Solange dies nicht geschehen ist, sollten der Bundestag und die deutsche Politik alle öffentlichen Gelder an einen Zeitplan für die Annahme von Menschenrechtsrichtlinien und die Verankerung von Menschenrechtsanforderungen in Deutschland und im internationalen Sport binden. Das olympische System hat keine nennenswerte Beteiligung von Stakeholdern im Bereich der Menschenrechte, es hat seine "Empfehlungen für eine IOC-Menschenrechtsstrategie" veröffentlicht, aber

nicht angenommen, und nach den Olympischen Spielen in Sotschi, Tokio und Beijing, bei denen es zu tiefgreifenden Menschenrechtskrisen kam, gibt es immer noch keinen Zeitplan für die Verabschiedung eines strategischen Rahmens des IOC im Bereich der Menschenrechte.

Den deutschen Politikern kommt als Mitgliedern des IOC und anderer Sportgremien, aber auch im Rahmen ihrer diplomatischen Beziehungen zur Schweiz, dem wichtigsten nationalen Gastgeber globaler Sportverbände, eine Schlüsselrolle zu. Der Bundestag kann die Leiter der internationalen und nationalen olympischen Komitees auffordern, über Menschenrechtsverletzungen im olympischen System auszusagen und Rechenschaft abzulegen. Der Chef der olympischen Bewegung, Thomas Bach, kommt aus Deutschland und könnte morgen eine Menschenrechtsstrategie verabschieden, wie sie bereits vom IOC veröffentlicht wurde. Das olympische System sollte auf die Forderungen des deutschen politischen Systems eingehen.

2. Welche Rolle, Verantwortung und Möglichkeiten haben Athlet*innen, internationale (wie IOC oder FIFA) und nationale Verbände (DFB und DOSB) und Sponsoren bei der Einhaltung und Umsetzung von Menschenrechtspolicies bei Sportgroßveranstaltungen?

Menschenrechtsverletzungen finden überall im Sport statt und betreffen Athleten, die einheimische Bevölkerung, Wanderarbeiter, Umweltschützer und andere Akteure rund um Sportgroßveranstaltungen. Die rasche Übernahme der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und die Verankerung einer Menschenrechtspolitik sind für alle diese Akteure im Sport wichtig und möglich. Auf nationaler Ebene hat der DFB bereits diesen Schritt unternommen, um eine Menschenrechtspolitik zu verabschieden, nachdem Spieler, gewählte Führungspersonlichkeiten (einschließlich dieses Ausschusses) und Menschenrechtsakteure Druck ausgeübt haben. Der DFB hat versprochen, die Menschenrechte bei der EURO 2024 zu verankern. Der DFB hat die Möglichkeit, in diesem Bereich eine Vorreiterrolle einzunehmen und sollte zeigen, wie es möglich ist, ein menschenrechtskonformes Mega-Sportereignis zu organisieren.

Die Top-Sponsoren der Olympischen Spiele und der FIFA sowie die Medienpartner, die Milliarden für exklusive Übertragungsrechte zahlen, um die Olympischen Spiele und andere Mega-Sportveranstaltungen wie die Euro 2024 zu finanzieren, müssen darauf bestehen, dass alle nationalen und internationalen Verbände eine Menschenrechtspolitik verfolgen und eine menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung durchführen. Die Sponsoren - mit Ausnahme chinesischer Unternehmen wie Alibaba - haben bereits eine Menschenrechtspolitik verabschiedet und Menschenrechtsbeauftragte eingestellt. Diese Marken sollten ihre Finanzierung und ihre mehrjährigen Sponsoringverträge direkt an die Annahme von Menschenrechten knüpfen.

Um den endemischen Misständen entgegenzuwirken, von denen Athleten in Deutschland und weltweit betroffen sind, ist es notwendig, eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht zu fordern und die Finanzierung an Menschenrechtssysteme, Berichterstattung und Schutzsysteme für Kinder und Athleten zu binden. Sportverbände wie das IOC, die FIFA und andere tragen die Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte während des gesamten Lebenszyklus von Sportgroßveranstaltungen - von der Bewerbung über die Durchführung bis hin zur nachfolgenden Aufarbeitung. Darüber hinaus spielt der Sport eine Rolle bei der Förderung der Menschenrechte, da er bei der Vergabe dieser Veranstaltungen einen gewissen Einfluss hat.

Ohne klare und umsetzbare Menschenrechtskriterien (z. B. verbindliche Arbeitsvereinbarungen für Veranstaltungen in Golfstaaten, in denen die Kafala-Arbeit gesponsert wird, ein System der modernen

Sklaverei) werden Sportereignisse unweigerlich zu Missbräuchen oder Unterdrückung führen. Es ist eine verpasste Gelegenheit, wenn die Werte des Sports nicht durch die Förderung der Menschenrechte aktiviert und verankert werden.

3. Müssen wir Athlet*innen (auch in Deutschland) aus menschenrechtlicher Sicht als Risikogruppe betrachten? Im Kontext von Sportgroßveranstaltungen gilt es, die menschenrechtlichen Risiken von einer Vielzahl von Gruppen zu beachten (z.B. Anwohner*innen, Bauarbeiter*innen, Arbeiter*innen in der Sportartikel- und Merchandise-Produktion, Hotel- und Hausangestellte, Journalist*innen, etc.). Wie sollten die Grundrechte von Athleten bei Sportgroßveranstaltungen in diesem Kontext betrachtet werden?

Sport ist ein Spiegel der Gesellschaft. Es gibt viele schutzbedürftige Menschen in Deutschland und im globalen Sport-Ökosystem, darunter LGBT-Menschen, People of Colour, Menschen mit Behinderungen, Kinder, Frauen und Wanderarbeiter. Alle Sportlerinnen und Sportler sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und wie in der Arbeitswelt insgesamt sind auch Sportlerinnen in ihrem Arbeitsalltag sexueller Belästigung, Diskriminierung, Lohndiskriminierung, gesundheitlichen Beeinträchtigungen und anderen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt.

Sportverbände kommen oft mit dem Missbrauch von Sportlerinnen und Kindern davon, weil sie sich auf das Stigma und die Scham in der Gesellschaft verlassen, die sie daran hindern, Missbrauch zu melden. Kindersportler sind sich oft nicht bewusst, dass sie das Recht haben, nicht missbraucht zu werden, oder dass die Trainer oder Funktionäre, denen sie vertrauen, unangemessen handeln. Sportlerinnen, die nicht bezahlt werden, müssen mitunter mit sexueller Aubeutung rechnen, um in einer Sportart oder in einer Nationalmannschaft zu bleiben.

Das massive Machtgefälle im Sport mit seiner überwiegend männlichen Führung bedeutet, dass alle schutzbedürftigen Gruppen, einschließlich Kinder, Arbeitnehmer sowie Frauen und Mädchen, nur wenige Möglichkeiten haben, Missbrauch zu melden und Abhilfe zu schaffen, ohne ihre Karriere im Sport und ihre psychische Gesundheit zu opfern. Die deutsche Politik kann und sollte eine Menschenrechtspolitik, Amtszeitbeschränkungen, offene Wahlen, transparente Ausschreibungen und Auftragsvergaben, funktionierende Meldesysteme und ein Safe Sport Center fordern, um einen Rahmen für die Bekämpfung des unvermeidlichen Missbrauchs zu schaffen, der mit einem so großen Machtgefälle einhergeht. Diese Reformen werden bereits als bewährte Verfahren in der Wirtschaft und in Regierungen weltweit gefordert, und es gibt keinen Grund, warum der Sport eine Ausnahme sein sollte.

CDU/CSU

- 4. Wie können Sport, Politik, Sponsoren und gesellschaftliche Akteure angesichts des unter seinem deutschen Präsidenten Bach laut Kritikern fast ausschließlich auf Profit ausgerichteten und gegenüber Regimen unterwürfigen IOC für die künftige Vergabe der Olympischen Spiele sicherstellen, dass diese nicht trotz schwerster Menschenrechtsverletzungen weiter an aggressive Diktaturen - wie zuletzt an China und Russland - vergeben werden, die wegen brutaler Repression im Inneren gegen u.a. Dissidenten und Minderheiten sowie aggressiver Drohungen nach außen oder gar Angriffskrieg und Kriegsverbrechen gerade das Gegenteil dessen repräsentieren, was die Olympische Idee war?**

2019 sagte der damalige Präsident des Internationalen Skiverbandes, Gian Franco Kasper, die Olympischen Spiele seien "in Diktaturen einfacher". Das korrupte und intransparente System der Vergabe und Verwaltung von Mega-Events durch missbräuchliche Partner bedeutet, dass repressive Regime wie die chinesische Regierung einen permanenten, eingebauten Vorteil gegenüber Demokratien als Gastgeber haben. Die Olympischen Spiele und die Fußballweltmeisterschaft haben jeweils ein Publikum von mehr als 3 Milliarden Menschen weltweit - fast die Hälfte der Weltbevölkerung -, weshalb Menschenrechtsverletzer so sehr darauf bedacht sind, ihr Image als Gastgeber von Sportereignissen, die in der Welt einen guten Ruf genießen, aufzupolieren und ihre mangelhafte Menschenrechtsbilanz durch Sport reinzuwaschen.

Das "Partnerschaftsmodell" des IOC und der FIFA, das darin besteht, gemeinsam mit schwerwiegenden Menschenrechtsverletzern wie Russland, China, Katar und Saudi-Arabien Gastgeber zu sein, hat auch lange Zeit die Annahme von UN-Menschenrechtsstandards blockiert. Das Problem des internationalen und damit auch des nationalen Sports ist diese starke Zentralisierung der Macht und das Fehlen eines Menschenrechtsrahmens, um die unvermeidlichen Menschenrechtsverletzungen bei Veranstaltungen, der Leitung und dem Betrieb anzugehen.

Der so genannte "Olympismus" und die "Autonomie des Sports" wurden vom IOC lange als Ersatz für internationale Menschenrechtsstandards vorgeschlagen. Das sind sie aber nicht. Die Erfahrungen mit China und Russland als Gastgebern, die sich der Kontrolle entzogen haben, zeigen, dass es keinen Ersatz für den Rahmen für die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht und die Ermittlung und Beseitigung von Schäden gibt. Die Olympische Charta enthält keinerlei einklagbaren Schutz für die Menschenrechte, und diese gefährliche Schutzlücke zieht sich durch alle internationalen und nationalen Ebenen des Sports, so dass es keine andere Möglichkeit gibt, Missstände zu dokumentieren, zu melden und zu beheben, als dass die Medien oder Menschenrechtsgruppen sie aufdecken (die innerhalb des olympischen Systems und des Sportsystems keine formale Rolle spielen und daher keine Möglichkeit haben, innerhalb des Systems Beweise für Missstände vorzulegen).

China war innerhalb von 14 Jahren zweimal Gastgeber der Olympischen Spiele (2008 und 2022). In dieser Zeit hat die Regierung von Präsident Xi Jinping Journalisten, Frauenrechtlerinnen und Anwälte verhaftet, die Freiheiten in Hongkong beschnitten und in Xinjiang Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen, darunter Zwangsarbeit, Massenverhaftungen, Folter, sexueller Missbrauch und kulturelle Verfolgung von 13 Millionen Uiguren. Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehören zu den schwersten Menschenrechtsverletzungen nach internationalem Recht und machen die chinesische Regierung zum falschen Gastgeber für eine Veranstaltung, von der das IOC behauptet, dass sie "die Menschheit feiert". Kein Bürger in China konnte sich den Olympischen Spielen widersetzen, ohne ins Gefängnis zu kommen. Kein Sportler konnte sich über Missstände beschweren - die olympische Tennisspielerin Peng Shuai versuchte es und wurde zum Schweigen gebracht.

Diese Vorliebe für Partnerschaften mit Menschenrechtsverletzern wie China stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Athleten dar, da die Sportverbände anstelle der Athleten auf der Seite ihrer Partner stehen, die die Menschenrechte verletzen. Die Lösung besteht darin, dass für alle künftigen Sportveranstalter eine Menschenrechtspolitik, Personal für Menschenrechtsfragen, eine Sorgfaltsprüfung für Menschenrechte, Menschenrechtsbewertungen und Menschenrechtsanforderungen eingeführt werden müssen. Dies ist keine Frage des Geldes, sondern des politischen Willens.

- 5. Gehen Ihnen die jüngsten Änderungen in organisatorischen, regulatorischen wie auch kommerziellen Rahmenbedingungen im internationalen Sport, von Auswahlkriterien für Veranstalter bis hin zum Internationalen Sportgerichtshof CAS, zum Schutz der Menschenrechte in ihrer konkreten Wirkung weit genug oder halten Sie konkrete Schritte von Seiten des Sports oder, im Falle von dessen Versagen, von Seiten der nationalen und internationalen Politik für geboten, um weiteren Missbrauch des Sports für weltweite Vermarktung von Regimen zu unterbinden, denen massiven Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden?**

Wie das olympische System selbst hat auch der Schiedsgerichtshof für Sport (CAS) die Annahme eines internationalen Menschenrechtsrahmens ausdrücklich abgelehnt, und das ist sein größtes Versäumnis. Zwar haben sich die Mitglieder des CAS für die Annahme eines Menschenrechtsrahmens eingesetzt, doch dies wurde von der derzeitigen olympischen Führung abgelehnt.

Als Konstrukt des olympischen Systems wirkt das CAS ohne Bezug auf internationale Menschenrechtsstandards. Außerdem fehlt es ihm an Transparenz und er verfügt weder über Fachwissen noch über Schutzmaßnahmen für Kinder und Überlebende sexuellen Missbrauchs. Außerdem war er häufig ein Ort, an dem sexuelle Serientäter im Fußball (sowohl in Afghanistan als auch in Haiti) Zeugen und Überlebende bloßstellen, bedrohen und erneut traumatisieren konnten. Das CAS-System muss dringend einen Menschenrechtsrahmen und ein System der Fürsorgepflicht für Trauma- und Pro-Bono-Hilfe für Überlebende und Zeugen von Menschenrechtsverletzungen einführen. Alternativ dazu muss es eine menschenrechtskonforme und gut ausgestattete Alternative zum CAS geben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- 6. Wie können die VN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte zu verbindlichen Kriterien für die Vergabe und Durchführung von Sportgroßveranstaltungen werden und dabei sowohl internationale und nationale Sportverbände sowie Gastgeberstaaten in die Verantwortung nehmen, menschenrechtliche und insbesondere arbeitsrechtliche Standards einzuhalten?**

Siehe Antwort zu Frage 1

- 7. Bereits mehrere Sportgroßereignisse fanden in Katar statt (Handball-Weltmeisterschaft der Männer 2015, Turn-Weltmeisterschaften 2018, Leichtathletik-Weltmeisterschaften 2019, ein Rennen der Formel-1-Weltmeisterschaft 2021). Welche Beobachtungen und Evaluierungen treffen Sie bezüglich der Auswirkungen dieser Sportgroßveranstaltungen auf die universellen Menschenrechte und können sie dabei konkrete Verbesserungen und Verschlechterungen in Zusammenhang mit diesen Sportgroßveranstaltungen feststellen?**

Katar hat versucht, diese großen Sportereignisse auszurichten, um die schlechte Menschenrechtsbilanz des Landes "reinzuwaschen". In Katar werden acht neue oder renovierte Stadien 32 Mannschaften für die FIFA-Weltmeisterschaft beherbergen. Human Rights Watch hat dokumentiert, dass die Infrastruktur für die WM-Veranstaltungen mit Hilfe des missbräuchlichen Kafala-Arbeitssponsorsystems gebaut wurde, was zu Hunderten und möglicherweise Tausenden von vermeidbaren Todesfällen unter den Arbeitern geführt hat. In einigen Fällen können die Arbeitspraktiken moderner Sklaverei gleichkommen. Katar ist pro Kopf der Bevölkerung das reichste Land der Welt, aber 2 Millionen Wanderarbeiter haben kaum die Möglichkeit, sich zu beschweren oder dem Missbrauch zu entkommen, wenn die Arbeitgeber ihre Ausreise aus dem Land, ihren Wohnsitz und die Möglichkeit, den Arbeitsplatz zu wechseln, kontrollieren. Viele Arbeitgeber nutzen diese Kontrolle aus, indem sie die Pässe der Arbeitnehmer konfiszieren, sie zu überlangen Arbeitszeiten in tödlicher Hitze zwingen und ihnen den Lohn verweigern. In Katar, einem Land ohne Pressefreiheit, ist es schwierig, über Missstände in der Arbeitswelt zu berichten. LGBTQ-Rechte gibt es nicht, und Katar hat auch ein Saudi-Arabien ähnliches männliches Vormundschaftssystem, das die Grundrechte von Frauen und Mädchen stark einschränkt. Auf dem Papier wurden zwar einige Reformen des Kafala-Systems durchgeführt, doch da Gewerkschaften und Streiks illegal sind, sind die Arbeitnehmer weiterhin Misshandlungen ausgesetzt. Human Rights Watch, Amnesty International und FairSquare fordern die Einrichtung eines Entschädigungsfonds durch die FIFA für die Familien von Arbeitsmigranten, die bei der Durchführung der Fußballweltmeisterschaft 2022 ums Leben gekommen sind. Wir würden es begrüßen, wenn alle gewählten deutschen Politiker diese Maßnahme unterstützen würden.

FDP

- 8. Wie beurteilen Sie die von Amnesty International im "Reality Check 2021" erhobene Kritik, die 2018 von Katar eingeleiteten arbeitsmarktrechtlichen Reformen zugunsten der Arbeitsmigranten seien rückläufig? Wo sehen Sie tatsächliche Verbesserungen und wo weiterhin, auch von Seiten der FIFA, Handlungsbedarf, um die angekündigten Arbeitsreformen nachhaltig umzusetzen?**

Siehe Antworten zu Frage 7

- 9. Sind die Regularien, die sich die FIFA und das IOC in den vergangenen Jahren gegeben haben, um schwere Menschenrechtsverletzungen im Zuge von Sportgroßveranstaltungen auszuschließen, in ihren Augen ausreichend? Wie kann bewirkt werden, dass in Zukunft auch nationale Sportverbände stärker ihren menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten nachkommen?**

Siehe Antwort zu Frage 1

AfD

- 10. Befürworten Sie Boykotte von Sportgroßveranstaltungen in repressiven bzw. diktatorischen Staaten durch gesamte nationale Mannschaften bzw. (nur) von politischen Repräsentanten ebendieser?**

Anstelle eines Boykotts plädiert Human Rights Watch dafür, dass politische Akteure, Sponsoren und Athleten eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht einfordern, eine Menschenrechtspolitik verabschieden und finanzielle Mittel an bestimmte Menschenrechtsreformen knüpfen.

Die Aussichten auf dauerhafte Menschenrechtsreformen sind heute größer als je zuvor: Sportfans, Unternehmenssponsoren und die breite Öffentlichkeit sind zunehmend abgestoßen von Berichten über Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Zwangsarbeit, den vermeidbaren Tod von Wanderarbeitern und körperlichen, verbalen und sexuellen Missbrauch von Kindern und erwachsenen Sportlern. Die internationalen Sportverbände müssen einsehen, dass die Vergabe von Aufträgen für umfangreiche Infrastrukturen an Regierungen, die die Menschenrechte verletzen, die bestehenden Verstöße nur noch verschlimmern wird; die Leitungsgremien des globalen Sports müssen sich von innen heraus reformieren und ausnahmslos verbindliche Menschenrechtsstandards für alle Gastgeber annehmen. Es gibt kein erfolgreiches Sportereignis, bei dem es zu schweren Menschenrechtsverletzungen kommt.

11. Sind Ihnen Fälle bekannt, wo es nach der Vergabe von Sportgroßveranstaltungen (wie Olympische Spiele oder Fußball-Weltmeisterschaften) an repressive bzw. diktatorische Staaten zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage in diesen Ländern kam, und wenn ja, was waren die Instrumente, diese Verbesserungen herbeizuführen?

Nein.

DIE LINKE.

12. Die UN-Behindertenrechtskonvention schreibt Menschen mit Behinderung ein Recht auf Sport zu. Wie wird dieses in Deutschland umgesetzt und was und wo muss Ihrer Meinung nach nachgebessert werden und wie sollte die Inklusion im Sport ausgestaltet sein?

Millionen von Menschen mit Behinderungen in der Welt sind nach wie vor mit erheblichen Hindernissen bei der Teilhabe an der Gesellschaft und auch am Sport konfrontiert. Menschen mit Behinderungen stoßen tagtäglich auf Hürden beim Zugang zum Sport, sei es in der Schule, in privaten Fitnessstudios und Vereinen, am Arbeitsplatz oder beim Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln.

Im Jahr 2009 hat Deutschland das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (CRPD) ratifiziert. Die Konvention verpflichtet die Regierung, dafür zu sorgen, dass die physische Umwelt und die der Öffentlichkeit zugänglichen oder bereitgestellten Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen zugänglich sind. Sie muss auch sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Dies gilt auch für den Sport, ist aber bisher nicht in der Menschenrechtspolitik des gesamten deutschen Sportsystems verankert.

Durch die Übernahme des Rahmens der UN-Leitprinzipien für den deutschen Sport, die Bindung der Finanzierung von Sportorganisationen an die Annahme von Menschenrechts- und Inklusionsstrategien und die Forderung nach einer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht sollten alle Menschen mit Behinderungen einen besseren Zugang zum Sport haben, auch zur Teilnahme am Sport, zu Bildungs- und Geschäftsmöglichkeiten und zur Sportverwaltung (wo sie außerhalb der Strukturen der Paralympics und der Special Olympics nicht vertreten sind).

13. Das Deutsche Institut für Menschenrechte schreibt: „Als Übungsfeld für das Erlernen von Inklusion kann der Sport in andere gesellschaftliche Bereiche wie Bildung, Wohnen und Arbeit ausstrahlen, die bislang stark segregiert sind.“ Inwiefern teilen Sie die Aussage und inwiefern bietet Sport ein soziales Umfeld, das sowohl Autonomie, als auch Solidarität für den generellen Alltag fördert und welche finanzielle und strukturelle Unterstützung wird von Seiten der Bundesregierung und Landesregierungen für diese Förderungen benötigt?

Es gibt ein Menschenrecht auf Sport, und Human Rights Watch berichtet seit Jahren darüber, wie die Ausgrenzung von Frauen und Mädchen in vielen Staaten verheerende Auswirkungen auf Gesundheit, Bildung und wirtschaftliche Chancen haben kann. Sport ist ein wichtiger Bestandteil des Rechts auf Bildung - auf körperliche Erziehung. Sport trägt zum Recht auf Gesundheit bei; Sport schafft wirtschaftliche Möglichkeiten, und Sport sollte allen offen stehen.

Die "Autonomie" des Sports hat sich jedoch katastrophal auf die Menschenrechte ausgewirkt, und solange es keinen Menschenrechtsschutz, keine gute Regierungsführung und keinen Kinderschutz gibt, sind Gefahren und Schäden zu befürchten, insbesondere für gefährdete Bevölkerungsgruppen, einschließlich Kinder. Das derzeitige intransparente und nicht rechenschaftspflichtige System hat korrupte und missbräuchliche Sportfunktionäre vor Entlarvung und Strafverfolgung geschützt und dazu geführt, dass missbräuchliche Funktionäre ein Imperium aufbauen konnten, um Überlebende und Kritiker zum Schweigen zu bringen und auf unbestimmte Zeit an der Macht zu bleiben. Diese internationalen, nationalen und lokalen Sportverbände werden sich nicht freiwillig reformieren oder eine Menschenrechtspolitik einführen, wenn nicht starker Druck von politischen und gewählten Führern ausgeübt wird, die die Geldgeber kontrollieren.

Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem eine globale Abrechnung mit den Menschenrechtsverletzungen im und durch den Sport stattfindet. Nach den vermeidbaren Menschenrechtskatastrophen bei den Olympischen Spielen in Sotschi, der Fußballweltmeisterschaft in Russland, den Olympischen Winterspielen in Peking und der Fußballweltmeisterschaft in Katar sollte Deutschland einen Schritt weiter gehen und die Finanzierung an Transparenz und die Annahme und Umsetzung von Menschenrechtsmaßnahmen knüpfen.

Schlussbemerkung

Der Deutsche Bundestag hat als Katalysator für Transparenz und Menschenrechtsreformen im und durch den Sport gewirkt, und wir hoffen, dass Sie auch weiterhin mit uns zusammenarbeiten werden, um diese wichtige Arbeit voranzubringen. Wir danken Ihnen für Ihre Partnerschaft und Ihre Führungsrolle.

